

KOMMENTARE

Der Fall Konietzka
Brauchen wir Sterbehilfe?

Sterbehilfe ist ein beklemmendes Thema. Die Vorstellung, am Ende in einer Verfassung zu sein, in der man die eigenen Kinder nicht mehr erkennt oder schreckliche Schmerzen erleidet, ist beängstigend. „Lieber bringe ich mich um“, ist schnell gesagt. Doch will man das wirklich? Und was ist, wenn man gar nicht mehr in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen oder umzusetzen?

Für viele Menschen gehört zu einem selbstbestimmten Leben auch der selbstbestimmte Tod. Ein wichtiges Instrument dafür ist eine Patientenverfügung, die klar regelt, wann eine künstliche Ernährung eingestellt werden soll. Die heutige Palliativmedizin kann zudem Schmerzen eindämmen, Sterben also erleichtern. Dennoch wollen viele nicht geduldig auf den Tod warten, sie wollen einen „Giftcocktail“, der umgehend tötet. Doch wo bekommt man den her? Wer soll ihn verabreichen?

Die Bundesregierung hat auf diese Fragen kürzlich nur eine Antwort gefunden: Sie will Geschäfte mit Sterbehilfe unter Strafe stellen. Eine Minimallösung, die nicht viel regelt. In den Niederlanden, wo Sterbehilfe für Schwerstkranke legal ist, forderte indes eine Bürgerinitiative, dass jeder Lebensmüde über 70 Jahre Anspruch auf ärztliche Unterstützung beim Suizid erhalten soll. Das Parlament lehnte dieses Ansinnen ab.

Dennoch ist der Wunsch, anstelle eines qualvollen oder entwürdigenden Endes schmerzlos „einzuschlafen“, legitim. Das Problem ist, wie man ihn juristisch, moralisch oder auch religiös vertretbar macht. Soll es „Todespillen“ auf Rezept geben? Kann man Ärzten, die Leben verlängern wollen, zumuten, es abzukürzen? Wie kann man ausschließen, dass womöglich Druck auf den Patienten ausgeübt wurde? Die Politik kann hier nur Rahmenbedingungen schaffen, die Missbrauch jeder Art ausschließen. Was für das eigene Leben richtig ist, kann jeder nur persönlich entscheiden. Und das sollte er rechtzeitig tun.



Monika Reuter

Sie erreichen den Autor unter
Monika.Reuter@merkur-online.de

Bundesbank legt trübe Bilanz vor
Im Treibsand

Die Deutschen, so lautet ein Bonmot aus der Wirtschaftswunderzeit, glaubten an Zweierlei: an den lieben Gott. Und an die Bundesbank. Zumindest der Glaube an die einstige Hüterin der Mark ist in den Zeiten der Eurorettung schwer erschüttert. 560 Milliarden Euro hat die „Buba“ den Club-med-Notenbanken geborgt (Stichwort Target II). Das ist hochriskant. Außerdem sitzt sie als 19-%-Eignerin der Europäischen Zentralbank mit im leckgeschlagenen Euro-Rettungsboot: Die EZB hat Europas Zombie-Geschäftsbanken (vor allem in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal) eine Billion Euro geliehen und für weitere 218 Milliarden wacklige Staatsanleihen angekauft.

Mit einem Wort: Die Bundesbank ist heute eine Bad Bank, in deren Tresoren tonnenweise Giftmüll liegt. Ein Kollaps der Eurozone würde auch den Untergang der Bundesbank bedeuten. Das erklärt, warum ihr Chef Jens Weidmann einen Zusammenbruch der Eurozone anlässlich der Bekanntgabe der miserablen Bundesbank-Bilanz als „schlichtweg absurd“ bezeichnet hat. Wie die nationalen Regierungen mitsamt deren Parlamenten steckt die Bundesbank bis zum Hals im Treibsand der Eurorettung. Allesamt sind sie so unverantwortlich hohe Risiken eingegangen, dass an eine Umkehr jetzt nicht mehr zu denken ist. Also gehen sie unbeirrt voran auf einem Weg, der schnurstracks in die Transfer- und Haftungsunion hineinführt. Heute bringt Merkels Kabinett den ESM auf den Weg. Dann hilft den Deutschen wirklich nur noch das Vertrauen in den lieben Gott.



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter
Georg.Anastasiadis@merkur-online.de

Mehr Geld für ambulante Dienste
Eiskalte Abrechnung

Die privaten ambulanten Pflegedienste bekommen für Leistungen am Patienten mehr Geld von den Krankenkassen. Auf den ersten Blick eine gute Nachricht. Nicht auf den zweiten. Auch wenn für das Anlegen eines Wundverbandes, um ein Beispiel zu nennen, nun 8,0 Minuten statt 6,1 Minuten bezahlt werden, bleibt das System der Sekundenpflege bestehen – und das ist menschenunwürdig.

Dass es diese eiskalte Abrechnung überhaupt gibt, ist erstaunlich. Jeder kann zum Pflegefall werden, auch diejenigen, die Vergütungssätze ausrechnen, die um Sekunden und Centbeträge feilschen. Aber niemand will selbst einmal von einer Pflegekraft gefüttert oder gewaschen werden, die in Gedanken die Zeit stoppt. Ohne Hinwendung, ohne Kümmern ist die Pflege keine Pflege, sondern Abfertigung. Wer wird das abstreiten?

Also: Wo bleibt der Aufschrei, der Widerstand von Bürgern, Politikern, Kirchen und nicht zuletzt von Pflegekräften, die sich ohne Protest in das System einfügen? Eine Gesellschaft mit einem hohen moralischen Anspruch darf nicht dulden, dass ihre schwächsten Mitglieder systembedingt zu betriebswirtschaftlichen Kostensenkern werden.



Carina Lechner

Sie erreichen die Autorin unter
Carina.Lechner@merkur-online.de

KARIKATUR



ZEICHNUNG: TOMICEK

Noch ein Warnstreik ...

KABINETT BRINGT HEUTE EUORETTUNGS-MECHANISMUS AUF DEN WEG

„Der ESM-Vertrag ist sittenwidrig“

Im Kampf gegen Europas Staatsschuldenkrise warnt der Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes (TAE), Rolf von Hohenhau, davor, die Bürger und vor allem die nachfolgenden Generationen auszuplündern. Gestern hat die Bundesbank ihre Bilanz offengelegt, die erschreckende Risiken offenbart. Und heute will das Bundeskabinett über den permanenten Rettungsschirm ESM verhandeln, den von Hohenhau als tickende Zeitbombe beschreibt. Wir sprachen mit ihm über die Gefahren des europäischen Finanzsystems, unkalkulierbare Rettungsschirme und die Ohnmacht der Politik.



Rolf von Hohenhau, Präsident des europäischen Steuerzahlerbundes

bringliches Auslandsvermögen“. Wie sehen Sie das?

Von den 560 Milliarden Euro wird ein Großteil sicherlich nicht einbringlich sein, und mit einem Zerbrechen der Euro-Zone wäre das Geld wohl komplett weg. Darin liegt auch die Brisanz für die Politik. Das Ganze hat mittlerweile derart gigantische Dimensionen angenommen, dass die Politik nicht mehr fähig ist zu handeln.

Was wäre die Lösung?

Dieser Mechanismus darf auf keinen Fall in der Form weiterlaufen. Zudem müssen hinter den Target-Salden echte Werte hinterlegt werden. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage, ob es angesichts der enormen Anhäufung von Risiken überhaupt noch eine Lösung geben kann. Hätte man Griechenland vor zwei Jahren aus dem Euro gelassen, wäre das Risiko bei etwa 78 Milliarden Euro gelegen – das wäre durchaus verkraftbar gewesen. Heu-

Herr von Hohenhau, als Vertreter der Steuerzahler kritisieren Sie die unkalkulierbaren Risiken von Target 2, durch das die Bundesbank über 560 Milliarden Euro an Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank EZB aufgebaut hat. Wo liegt die Gefahr? Target 2 ist eine brandgefährliche Geschichte. Die Krisenländer haben erkannt, dass das ein wunderbares Finanzierungsinstrument ist, und begleichen die ausstehenden Summen einfach nicht mehr. Dadurch haben sich innerhalb von nur fünf Jahren Forderungen über 560 Milliarden Euro aufgebaut.

„Unsere Staatsschulden könnten sich durch die Euro-Risiken verdoppeln.“

ROLF VON HOHENHAU

Für die im schlimmsten Fall der Steuerzahler aufkommen muss?

Die Deutsche Bundesbank gehört den deutschen Staatsbürgern – und durch Target 2 haben die Steuerzahler nur eine Papierforderung gegenüber der EZB in den Händen. Das ist ein gigantischer Verzehr deutschen Volksvermögens zu Gunsten der Krisenländer. Ein unglaublicher Vorgang.

Peter Gauweiler nennt diese Summen „unein-

te stehen insgesamt Billionen-Summen auf dem Spiel. Mein Gefühl ist, dass die Politik aus Unwissenheit und Ohnmacht erstarrt, während die Bundesbank immer mehr ausblutet.

Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM tickt noch eine zweite Zeitbombe...

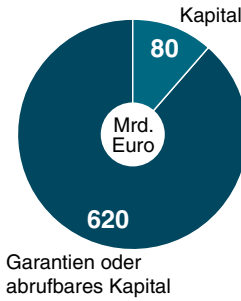
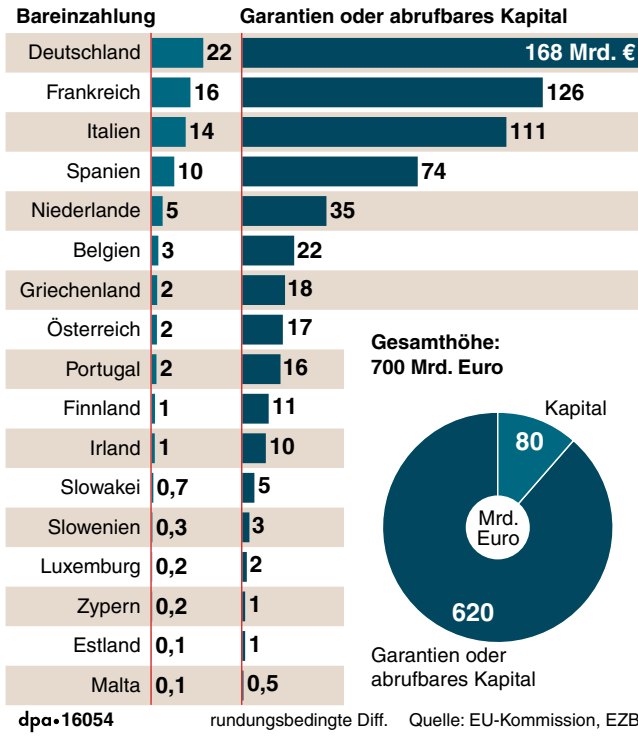
...die man schleunigst entschärfen muss.

Die Bundesregierung hat kürzlich betont, mit dem ESM entstünden für

Der Euro-Stabilitätsmechanismus (ESM)

Damit der ESM kriselnden Ländern maximal 500 Mrd. Euro zur Verfügung stellen kann, müssen Einzahlungen und Garantien im Wert von 700 Mrd. Euro geleistet werden (Grund: Übersicherung, um Top-Rating zu erhalten).

Beiträge der Euro-Länder zum ESM in Mrd. Euro:



Deutschland Haftungsrisiken von maximal 190 Milliarden Euro. Das ist blanker Unsinn.

Warum?

Dazu muss man wissen, dass der ESM faktisch eine Bank ist, die nach derzeitigem Stand mit einem Eigenkapital von 700 Milliarden Euro ausgestattet werden soll ...

... oder bis zu über eine Billion, wie bereits von einigen Politikern gefordert.

Diese Summe ist laut ESM-Vertrag beliebig ausweitbar. Dazu ist lediglich ein Mehrheitsbeschluss des Gouverneursrates des ESM, bestehend aus den 17 Finanzministern der Länder, nötig.

Und das hieße für Deutschland?

Damit stünde Deutschland mit erheblich höheren Risiken ein, ohne dass die nationale Regierung dem zustimmen muss.

PRESSESTIMMEN

zu EU/Frankreich

„Sarkozy strebt ein Europa nach französischem Vorbild an. Was sich in diesen Jahren jedoch abzeichnet, ist ein Europa nach deutschem Vorbild, oder genauer gesagt, so wie Bundeskanzlerin Angela Merkel es will. Egal, welcher der drei Kandidaten als Sieger aus der Frankreich-Wahl hervorgeht, er wird nicht an Merkel vorbeigehen können.“

EL PAÍS, MADRID

zu EU/Deutschland

„Bislang wurde die Angst vor zunehmender deutscher Selbstsicherheit durch wirtschaftliche Schwäche und ererbte Bescheidenheit gedämpft. Jetzt aber entspricht die Stellung Deutschlands in Europa eher seiner Größe und Bevölkerungszahl. Europa kann sich übrigens glücklich schätzen, dass Deutschland die Rolle ausfüllen kann, die die Umstände ihm zugewiesen haben. Wäre die Eurokrise fünf Jahre eher ausgebrochen, wäre es dazu noch nicht in der Lage gewesen.“

DE VOLKSKRANT, AMSTERDAM

zu Afghanistan

„Das jüngste Versagen der US-Soldaten zum Anlass zu nehmen, der Kriegsmüdigkeit nachzugeben, wäre ein Fehler. Vor allem, weil es einer Flucht aus der Verantwortung gleichkäme. Jetzt abzuziehen wäre voreilig. Es hieße, das Versprechen zu brechen, das der Westen durch seine Intervention den Frauen, den Jungen, den mutig für ein anderes, besseres Afghanistan Kämpfenden gegeben hat: Ihr seid nicht allein.“

DER TAGESSPIEGEL, BERLIN

Was fordern Sie?

Wir wollen, dass der Vertrag in dieser schwammigen Form nicht ratifiziert wird. Dieser Vertrag ist sittenwidrig mit einseitigen Rechten ohne Ausstiegsmöglichkeiten, ohne Transparenz, ohne externe Kontrolle. Er muss in dieser Form gestoppt und verändert werden. Aber dazu müssen die Bundestagsabgeordneten erst mal wissen, worum es eigentlich geht. Darum haben wir allen Abgeordneten nochmals einen Brief geschrieben mit unseren kritischen Anmerkungen. Jetzt kann keiner mehr sagen, er habe nichts von diesen Gefahren gewusst.

Wie hoch sind die bisher eingegangenen Risiken?

Bisher lagen die deutschen Staatsschulden bei rund 2,1 Billionen Euro. Es ist möglich, dass sich diese Summe durch die Euro-Risiken verdoppeln könnte. Das deutsche Volksvermögen von rund zehn Billionen Euro wird also massiv angegriffen.

Wie sehen sie die Zukunft in Europa?

Ich bin überzeugter Europäer, aber wir steuern gerade auf ein höchst unerfreuliches System zu. Gesetzlich den Fall, unsere Wirtschaft käme ins Stottern und wir müssten selbst berechtigterweise Geld von den Euro-Partnern einfordern – dann wäre in Europa der Teufel los. Das ist eine Gefahr für den europäischen Frieden.

Interview: Stefanie Backs, Georg Anastasiadis

Das ist der ESM

Am 16. Dezember 2010 hat der EU-Gipfel das Aufspannen eines permanenten Rettungsschirms beschlossen. Dieser Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) soll im Juli 2012 starten, über ein Stammkapital von 700 Milliarden Euro (davon ausleihfähig 500 Milliarden) verfügen, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) ablösen und von einem Rat, bestehend aus den nationalen Finanzministern, geleitet werden.

Aktiv wird der ESM laut Bundesfinanzministerium, „wenn ein Eurostaat in schwerwiegenden finanziellen Schwierigkeiten ist und dadurch die Finanzstabilität

bedroht ist“. Um hier gegenzusteuern kann der ESM unter anderem Kredite vergeben oder Staatsanleihen kaufen. Gemäß dem Beitragsschlüssel ist Deutschland mit 27,1464 Prozent am ESM-Kapital beteiligt und muss noch in diesem Jahr gut 8,7 Milliarden Euro einzahlen. Insgesamt steuert Deutschland Bareinlagen von 21,7 Milliarden Euro bei.

Das Kabinett will heute die deutschen Bestimmungen zum ESM-Vertrag verhandeln. Der Bundestag plant, am 25. Mai mit dem Thema durch zu sein, und am 31. Mai folgen dann die Beratungen im Finanzausschuss des Bundesrates. sba

Das ist Target 2

Die Buchstaben-Kombination TARGET steht für Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer System. Target 2 ist also die zweite Version des elektronischen Zahlungssystems zwischen den Banken der Euro-Zone. Eine zentrale Rolle spielen hier die nationalen Notenbanken, deren Zahlungsströme über die Europäische Zentralbank (EZB) fließen.

Weil sich die Geschäftsbanken untereinander immer weniger vertrauen, gehen Gelder für grenzüberschreitende Geschäfte vermehrt einen Umweg über die Notenbanken. Damit ist die EZB die zen-

trale Schnittstelle und führt Buch darüber welche Notenbank welche Verbindlichkeiten (durch Import) bzw. Forderungen (durch Export) hat.

Wäre die EZB eine Kneipe, wäre Griechenland, das traditionell mehr importiert als exportiert, ein Stammgast, der dank Target 2 anschreiben lassen kann. Deutschland hingegen wäre als Exportland der Getränke-Lieferant, der Schuldscheine als Gegenleistung nimmt – mittlerweile sind so rund 560 Milliarden Euro bei der Bundesbank offen. Kritiker warnen davor, dass die Nehmerländer diese Summen nicht ausgleichen können. sba